

## **Antrag**

**der Abgeordneten Gustav Herzog, Uwe Beckmeyer, Doris Barnett, Sören Bartol, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Martin Burkert, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Michael Groß, Ulrike Gottschalck, Hans-Joachim Hacker, Klaus Hagemann, Michael Hartmann, Johannes Kahrs, Ulrich Kelber, Fritz-Rudolf Körper, Ute Kumpf, Kirsten Lühmann, Andrea Nahles, Manfred Nink, Thomas Oppermann, Florian Pronold, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD**

### **Bürgerinnen und Bürger dauerhaft vom Bahnlärm entlasten – Alternative Güterverkehrsstrecke zum Mittelrheintal angehen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Fraktionen der SPD, CDU und FDP des rheinland-pfälzischen Landtages haben am 10. Februar 2011 mit der Drucksache 15/5375 einen für den Lärmschutz im Mittelrheintal wichtigen Antrag eingebracht, der von den Mitgliedern des Landtages einstimmig beschlossen wurde. Der im Nachfolgenden im Wortlaut wiedergegebene Antrag wird nachdrücklich unterstützt, um für die Menschen im Mittelrheintal Entlastungen zu erreichen und die Lebensqualität langfristig zu sichern:

„Die Lärmbelastung durch den Schienengüterverkehr im Mittelrheintal ist bereits jetzt sehr hoch. Die Lebensqualität der Menschen wird durch den Güterverkehr auf der Schiene zum Teil erheblich beeinträchtigt. Durch den anstehenden Ausbau der Schienengüterverkehrsverbindung von Genua nach Rotterdam bzw. Antwerpen wird die Zahl der auf der Schiene transportierten Güter, die dann auch durch das Mittelrheintal rollen werden, nochmals deutlich ansteigen. Wegen der schon jetzt sehr weitgehend erschöpften Kapazität der Bahnstrecke im Mittelrheintal droht eine weitere Verdichtung der Zugfolgen mit technischer Aufrüstung der Trasse, die auch empfindliche Folgen für den Schienenpersonenverkehr haben wird. Es gilt deshalb einerseits, die Bürgerinnen und Bürger im Mittelrheintal vor dem zunehmenden Bahnlärm nachhaltig zu schützen, und andererseits, ein leistungsfähiges Schienengüterverkehrsnetz in Europa zu sichern und voranzutreiben.

Dazu sind insbesondere zwei Hauptansätze nachdrücklich zu verfolgen: Zum einen ist für eine nachhaltige Entlastung des Rheintals der Bau einer alternativen Güterverkehrsstrecke unabdingbare Voraussetzung.

Es muss zum anderen schnell ein wirtschaftliches Anreizsystem zur Umrüstung veralteter Bremssysteme an Güterwaggons geschaffen werden, damit insbesondere ein schneller und effektiver Lärmschutz für die Bürgerinnen und Bürger im Mittelrheintal erreicht wird. Rheinland-Pfalz hatte im Bundesrat einen entsprechenden Verordnungsentwurf zum Schutz vor Güterverkehrslärm eingebracht, der einen lärmabhängigen Trassenpreis und eine Bonusregelung für lärmgeminderte Güterwagen im Bestand vorsieht und der mit breiter Mehrheit im Bundesrat angenommen wurde. Das Verfahren liegt nun beim Bund. Dieser und die Deutsche Bahn sind nun aufgefordert, mehr Geld für Lärmschutzmaßnahmen zu investieren und die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen zu beschleunigen.

Darüber hinaus muss der Einsatz innovativer Lärmschutztechniken vorangetrieben werden. In diesem Bereich gibt es für die bisher realisierten Techniken eine Erprobungszulassung des Eisenbahn-Bundesamtes. Andere Maßnahmen, zum Beispiel niedrige Lärmschutzwände, wurden seitens des Eisenbahn-Bundesamtes noch nicht zugelassen.

Die Verkehrs- und Umweltminister von Rheinland-Pfalz und Hessen hatten sich zudem im Februar 2010 mit dem gemeinsamen „10-Punkte-Programm Leises Rheintal“ an die Bundesregierung gewandt und einen wirksamen Lärm- und Erschütterungsschutz für die Bevölkerung im Mittelrheintal eingefordert. (...)“

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine Machbarkeitsstudie hinsichtlich möglicher neuer Schienengüterverkehrstrassen und der Umleitung des Güterfernverkehrs über andere bestehende Bahntrassen sowie deren Ertüchtigung zu erstellen und
2. kurz- und mittelfristig lärmindernde Maßnahmen (z. B. die Umrüstung der Waggons auf die wesentlich leiseren K- bzw. L-Sohlen, lärmindernde Maßnahmen an den Gleisen und am Gleisbett, Einführung lärmabhängiger Trassenpreise sowie weiterer passiver Lärmschutz) beschleunigt umzusetzen.

Berlin, den 5. Juli 2011

**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**